Vreder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,35 Mk. alle 4 Wochen.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Anholt-Isselburger Zeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 169 | Donnerstag, den 20. Juni 1929 | Jahrgang 1929

Deutschnationale Politik.

Große lebenswichtige Fragen der Nation soll man nicht zu parteipolitischen Krücken mißbrauchen. Wer diese wichtigste Forderung der Staatspolitik verachtet — es ist dabei völlig gleichgültig, ob der Staat in eine frei vom Volk gewählte Spitze ausläuft oder ob sein Oberhaupt die überragende Stellung irgendwelchen Erbrechtsgründen verdankt —, versündigt sich aufs schwerste an Volk und Vaterland. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich dieser Sünde schuldig gemacht. Sie hat durch ihr Verhalten in den letzten Tagen erneut den Beweis geliefert, daß sie alles, was sich ereignet, und sei es auch noch so schwer, nur unter dem einen Gesichtspunkt betrachtet: wie locke ich die Masse, wie stelle ich es an, daß der schrumpfende Leib der Partei wieder glatt wird. Aber wenn man die deutschnationalen Willensäußerungen der letzten Tage scharf unter die Lupe nimmt, dann kann man unschwer erkennen, daß sie bei aller Schläue, bei aller spekulativen Pfiffigkeit im Grunde doch nur Aeußerungen der Enge, des Unzulänglichen, des ewig Gestrigen sind. Man sehe sich an, was man will; es ist überall dieselbe Gedankenarmut, dieselbe Phantasielosigkeit, dieselbe Starrheit. Volksbegehren gegen den Young-Plan, Volksbegehren gegen die Kriegsschuldlüge, deutschnationale Reden zum Wehretat.

Wer begreift heute noch das Wort, das Lettow-Vorbek dieser Tage im Reichstag sprach, der Soldat bliebe im Kriege nur dann sicher bei der Stange, wenn die Furcht vor Strafe größer sei als die Angst? Das soll doch zweifellos bedeuten, daß unser kämpfendes Feldheer, unsere Frontsoldaten, unsere „braven Feldgrauen", wie es bei den Deutschnationalen sonst heißt, im Feuer nur deshalb ausgehalten haben, weil sie die feindlichen Granaten weniger fürchteten als die Urteile der Kriegsgerichte. Diese von Hugenberg's „Tag" übrigens in vorsichtiger Weise übergangene Aeußerung des Herrn von Lettow-Vorbek ist ohne Frage ein „Dolchstoß" in den Rücken des Heeres von 1914, eine Herabsetzung des Volkes in Waffen, das von deutschnationalen Rednern, die auf ihre Worte achten, sonst immer so gepriesen wird. Sie ist der Ausdruck einer Ueberheblichkeit, die in Heer und Marine der Kaiserzeit unendlichen Schaden angerichtet hat, die zu einem erheblichen Teil zum Zusammenbruch beitrug, und die wir für unser jetziges Heer und unsere jetzige Marine ganz entschieden ablehnen. Wir sehen im Soldaten, auch im gemeinen Mann, nicht ein Tier, das mit der Peitsche zur Schlachtbank getrieben wird, sondern den verantwortungsbewußten Menschen, der gern und gewissenhaft seine Pflicht tut. Diesen Soldaten, diesem Heer, dessen Notwendigkeit wir bejahen, sind wir bereit, zu geben — nicht das, was der Versailler Vertrag zuläßt —, sondern das, was es braucht und was wir geben können.

Dieselbe Gedankenarmut, die in der deutschnationalen Haltung den Wehrfragen gegenüber zum Ausdruck kommt, offenbart sich auch in den beiden Volksbegehren. Schon diese Alternative: Wenn das eine nicht klappen sollte, werden wir ein anderes einbringen! Entweder man glaubt an seine Sache und handelt dann dementsprechend eindeutig und konsequent, oder man zweifelt an der Durchführbarkeit und unterläßt als ehrlicher Mensch, das Volk zu beunruhigen. Es gibt allerdings noch eine dritte Möglichkeit: man gibt sich den Anschein, als glaube man fest, und verfolgt im geheimen andere, mehr egoistische Ziele.

Die Deutschnationalen behaupten fortwährend, sie wollten die Ablehnung des Young-Planes. Sie benutzen die große berechtigte Sorge des deutschen Volkes um seine Zukunft zu parteipolitischen Zwecken. Sie mißbrauchen eine Einrichtung der viel geschmähten Demokratie, um eine Frage zur Entscheidung zu bringen, für die diese Einrichtung nicht geschaffen ist. Sie verschweigen dem Volk, daß ein Gelingen der deutschnationalen Absichten bestenfalls den Dawesplan wieder in Kraft setzen würde, von dem jeder weiß, daß er noch schwerer zu tragen ist als die Abmachungen, die die Reparationssachverständigen in Paris getroffen haben. Die Deutschnationalen propagieren ein Volksbegehren, von dem sie selber wissen und vielleicht auch hoffen, daß es nicht zustande kommt. Gesetzt den Fall, die deutschnationale Reichstagsfraktion würde bei den Gesetzen, die der Young-Plan erforderlich macht, vor dieselbe Entscheidung gestellt wie seinerzeit beim Dawesplan, so sind wir davon überzeugt, daß die Fraktion genau so wie früher auseinanderfallen würde in solche, die bei ihrer intransigenten Haltung verbleiben und solche, die die Verantwortung für das Scheitern der Reparationsregelung nicht zu übernehmen vermögen. Es würde sich auch bei dieser Gelegenheit wieder zeigen, daß oppositionelle Demogogie und verantwortungsbewußtes Handeln etwas sehr verschiedenes ist.

Dr. Stresemann in Paris.

Das Frühstück im Außenministerium.

)(**Paris**, 19. Juni. Um 9,30 Uhr ist Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Begleitung des Gesandten Freytag, des Ministerialdirektors Dr. Zechlin und des Geheimrats Redlhammer, aus Barcelona kommend, in Paris eingetroffen. Zur Begrüßung waren auf dem Bahnhof außer Botschafter von Hoesch und den Mitgliedern der Botschaft erschienen: der Kabinettchef des Außenministers Briand, Leger, der spanische Botschafter Quinones de Leon und der spanische Botschaftsrat della Huerta. Einige Minuten vor Ankunft des Zuges von Barcelona waren aus Madrid kommend, die Staatssekretäre von Schubert und Pünder ebenfalls in Paris angekommen. Stresemann begab sich mit dem Botschafter von Hoesch nach dem Botschaftsgebäude und traf bereits um 12 Uhr, und zwar allein, am Quai d' Orsay ein. Die übrigen Gäste fanden sich erst zur festgesetzten Stunde des Frühstücks um 12,30 Uhr im französischen Außenministerium ein.

Von Mitgliedern der französischen Regierung waren zu dem Frühstück erschienen Justizminister Barthou, Innenminister Tardieu, Finanzminister Cheron, Minister für öffentliche Arbeiten Forgeot und Arbeitsminister Loucheur; außerdem nahmen an ihm noch der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Berthelot, der Direktor für politische Angelegenheiten, Corbin, der Kabinettchef Briands, Leger und die leitenden Beamten des französischen Außenamtes teil. Gegen Ende des Frühstücks erschien auch Ministerpräsident Poincaré im Außenamt, um an den Besprechungen der beiden Außenminister teilzunehmen. Die Besprechung der drei Staatsmänner endete um 14,30 Uhr. Dr. Stresemann verließ in Begleitung des deutschen Botschafters das Außenamt, um sich in sein Hotel „Palais d'Orsay zu begeben, in dem er gleich nach seiner Ankunft am Mittwoch vormittag eine längere Besprechung mit Herrn von Hoesch hatte. Zehn Minuten später verließen ihrerseits auch Poincaré, Cheron und Briand das Außenamt, um sich vor die Ausschüsse der Kammer zu begeben.

★

Der politische Meinungsaustausch.

:: **Paris**, 19. Juni. Im Anschluß an das Frühstück fand ein politischer Meinungsaustausch statt, an dem auch der inzwischen erschienene Ministerpräsident Poincaré teilnahm. Die Unterhaltung galt der Fortführung der Verhandlungen, die sich für den Fall der Zustimmung der beteiligten Regierungen aus der Annahme des Pariser Sachverständigenplanes ergeben würden. Minister des Auswärtigen Briand hat nach Beendigung des Frühstücks der französischen Presse folgende Erklärungen abgegeben: Meine heutige Unterredung mit Dr. Stresemann bildete die Fortsetzung der Verhandlungen, die ich mit ihm in Madrid hatte. Vor dem Frühstück hatte ich einen ernsten Meinungsaustausch mit Dr. Stresemann und unsere Unterredung wurde nach dem Frühstück in Anwesenheit von Poincaré fortgesetzt. Wir haben die besten Bedingungen gesucht, unter denen die Regierungen in Sachen der Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes Verhandlungen einleiten könnten. Nach seiner Rückkehr nach Berlin wird Dr. Stresemann seine Regierung über seine Verhandlungen in Madrid und Paris unterrichten. Sofort danach werden auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege diese Verhandlungen fortgesetzt werden, um den Ort und einen möglichst nahen Zeitpunkt der Regierungskonferenz zu bestimmen. Wenn die sechs interessierten Mächte einig sind, wird diese Konferenz schon in der zweiten Hälfte des Juli zusammentreten können.

★

Die Bedeutung der Besprechung.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin**, 19. Juni. (Drahtb.)

Die Pariser Begegnung des Reichsaußenministers ist ein bedeutsames zeitgeschichtliches Ereignis, das vielleicht die gegenseitigen Beziehungen zwischen Staaten und Völkern weit mehr beeinflussen wird als große Konferenzen. Sehr zurückhaltend hat sich anscheinend in Madrid der französische Außenminister dem deutschen Außenminister gegenüber benommen. Er wollte wahrscheinlich keine bindende Erklärung abgeben, sondern hatte offensichtlich das Bestreben, das letzte Wort Poincaré zu überlassen. Zwischen Madrid und der Unterredung der drei Staatsmänner sind die tatsächlichen Voraussetzungen, die zur endgültigen Annahme der Vorschläge der Reparationssachverständigen führen sollen, weiter gediehen. Das Pariser Kabinett hat seine Zustimmung zum Youngplan gegeben. Es will also für seine unveränderte Annahme durch die französische Kammer eintreten. Man darf ohne weiteres annehmen, daß die französische Regierung sich auch bezüglich der Räumung des Rheinlandes und Freigabe des Saargebietes nach irgend einer Richtung hin festgelegt hat. In französischen maßgebenden Kreisen wird die Fortdauer der Besatzung des Rheinlandes nach der Ratifizierung des endgültigen Reparationsabkommens durch Deutschland als unmöglich angesehen. Wie Meldungen aus Paris besagen, scheint die französische Presse den Auftrag erhalten zu haben, die Forderung einer Kontrollkommission, die nach der Räumung eingesetzt werden soll, unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Briand wurde bereits in Madrid nicht im unklaren gelassen, daß die deutsche Regierung um keinen Preis einer Sonderkontrolle im Rheinland über die im Versailler Vertrag als letzte Räumungsfrist im Jahre 1934 vorgesehene Zeit hinaus zugestehen kann. Darüber gibt es beim gesamten deutschen Volk nur eine einmütige Auffassung: Die deutsche Regierung hat sich gegen die Fortdauer einer Kontrollkommission, selbst wenn sie den beschönigenden Namen „Vergleichskomitee" erhalten sollte, mit aller Entschiedenheit gewehrt und wird ihre ablehnende Haltung in keinem Fall aufgeben. Wahrscheinlich werden Poincaré und Briand keinen Versuch unterlassen haben, um dem deutschen Reichsaußenminister die Fortdauer der Kontrolle in irgendeiner Form schmackhaft zu machen. Wie die Antwort Stresemanns aussah, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Es besteht aber die Möglichkeit, daß die französischen Staatsmänner dem deutschen Außenminister nur unverbindlich mitgeteilt haben, unter welchen Bedingungen die Verhandlungen über die Rheinlandräumung beginnen können. Denn letzten Endes können endgültige Erklärungen nur im Einverständnis mit England und Belgien abgegeben werden. Wenn somit bei der wichtigen Unterredung in Paris auch keine definitive Entscheidung gefallen ist, so kommt der Unterredung der drei Staatsmänner doch noch eine hochpolitische Bedeutung zu.

★

Poincarés Bericht vor den Kammerausschüssen.

)(**Paris**, 19. Juni. Im Anschluß an den Empfang des Reichsaußenministers im Quai d'Orsay begaben sich Ministerpräsident Poincaré, Außenminister Briand und Finanzminister Chéron kurz vor 15 Uhr in die Kammer, um vor den vereinigten Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen Erklärungen über die Haltung der Regierung zum Youngplan und der Frage der Ratifizierung der interalliierten Schuldenabkommen abzugeben. Kurz nach der Ankunft der drei Regierungsmitglieder begann Ministerpräsident Poincaré, auf umfangreiche Akten gestützt, seinen Bericht, der mit großer Aufmerksamkeit von den Ausschußmitgliedern angehört wurde. Poincaré ging zuerst auf den Ursprung der Schulden, die Frankreich in Washington und London aufgenommen hatte, ein, ferner auf die Bedingungen, unter welchen die Schuldverpflichtungen eingegangen wurden und auf die Vorteile der Ratifizierung und die zu erwartenden Nachteile der Nichtratifizierung des Abkommens. Die Sitzung der beiden Ausschüsse wurde voll durch den Bericht des Ministerpräsidenten ausgefüllt, so daß Außenminister Briand und Finanzminister Chéron vermutlich erst am Freitag nachmittag, wenn nicht zu Beginn der kommenden Woche, über die Rückwirkungen von Youngplan und Ratifizierung der Schuldenabkommen auf außen- und finanzpolitischem Gebiete angehört werden können. Es ist daher wahrscheinlich, daß die große Kammeraussprache über die Frage der Kriegsentschädigung und der Schulden, die am Dienstag, dem 25. Juni, stattfinden sollte, auf den 27. Juni verschoben wird.

★

Der Reichsverband der deutschen Industrie zum Youngplan.

:: **Berlin**, 19. Juni. Dem „Berliner Tageblatt" zufolge hat der Reichsverband der deutschen Industrie eine Entschließung gefaßt, in der der Youngplan zwar an sich als untragbar und wirtschaftlich bedenklich bezeichnet, jedoch auch festgestellt wird, daß durch den Verlauf der Pariser Konferenz kein wirtschaftliches, sondern ein politisches Ergebnis erzielt worden sei, zu dem der Reichsverband der deutschen Industrie als wirtschaftliche Körperschaft keine Stellung zu nehmen habe.

Eisenbahnunfälle.

Entgleisung des D-Zuges Köln-Altona zwischen Münster und Osnabrück.

÷ **Münster**, 19. Juni. Heute mittag gegen 14 Uhr entgleisten bei Kilometer 97,4 der Strecke Münster—Osnabrück die letzten fünf Personenwagen des D-Zuges D 93 Köln—Altona. Fünf Reisende wurden leicht verletzt, konnten aber nach Anlegung von Notverbänden ihre Fahrt in dem Vorderteil des Zuges, der durch den Unfall eine Verspätung von 45 Minuten erlitt, fortsetzen. Die Strecke Osnabrück—Münster ist frei. Die Gegenstrecke Münster—Osnabrück ist für etwa 15 Stunden gesperrt. Die Ursache der Entgleisung ist bisher noch nicht festgestellt worden.

Zu dem Unfall wird noch gemeldet: Kurz vor der Station Lengerich entgleisten nach einer Kurve die fünf letzten Wagen des D-Zuges, von denen einer auf dem Gleis stehen blieb, während die anderen in den nebenherlaufenden Graben kippten. Zwei dieser Wagen hatten sich ineinander geschoben. Die Räder der Wagen sind zerstört worden. Die Insassen mußten mit Leitern aus den Fenstern geholt werden. Neben den schon gemeldeten fünf Verletzten haben sich noch einige Leichtverletzte auf dem Bahnhof Osnabrück gemeldet. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht völlig geklärt. Das Unglück ereignete sich an einer Baustelle, an der ein Gleis gebaut wird. Es ist daher anzunehmen, daß dadurch der Unfall hervorgerufen wurde. Die Aufräumungsarbeiten sind noch im Gange. Der Betrieb wird vorläufig eingleisig aufrechterhalten.

★

Eine Lokomotive springt aus den Schienen.

⊙ **Kassel**, 19. Juni. Der Verkehr auf der Strecke Kassel—Frankfurt a. M. war heute mittag durch einen Unfall bei der Ausfahrt des fahrplanmäßig um 11,50 Uhr vom Kasseler Verschiebebahnhof abgehenden Güterzuges 6534 für mehrere Stunden gesperrt. In der Nähe der Laderampe der Herkulesbahn sprang die Maschine aus den Schienen und stürzte sofort um. Durch die Wucht der nachbrechenden schweren Waggons wurde der aus 38 Güterwagen und zwei Packwagen bestehende Zug völlig ineinander geschoben, wobei die Wagen größtenteils zertrümmert wurden. Da die umgestürzten Wagen den Hauptschienenstrang versperrten, wurden die Schnellzüge umgeleitet, während der Personenzugverkehr durch Pendelzüge aufrechterhalten wurde. Verletzt wurde niemand. Der Materialschaden ist beträchtlich.

★

Schwere Katastrophe in Ostflandern.

9 Tote, 27 Verwundete.

× **Brüssel**, 19. Juni. Infolge eines Erdrutsches entgleiste am Mittwoch früh die Lokomotive eines Eisenbahnzuges bei Moerbeke in der Nähe von Grammont (Ostflandern) und legte sich quer über die Schienen. Wenige Augenblicke später kam aus entgegengesetzter Richtung ein Zug, der Arbeiter aus Gent beförderte, und fuhr auf die Trümmer auf. Die Wirkung war entsetzlich. Mehrere Wagen wurden zerstört. Bisher konnten acht Tote und 27 Verletzte geborgen werden. Der Zustand von acht der Verletzten ist hoffnungslos.

Nach späteren Meldungen ist das Unglück dadurch hervorgerufen worden, daß der Unterbau des Gleises, an dem Ausbesserungsarbeiten vorgenommen wurden, abgerutscht war. Im Augenblick des Zusammenstoßes wurde der Wagen dritter Klasse des angefahrenen Zuges ganz zerquetscht. Alle Opfer des Unglücks befanden sich in diesem Wagen. Man zählt neun Tote und 27 Verletzte. Die Toten und Verletzten sind Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie zwei Bahnbeamte. Den Zugführer und den Heizer des auffahrenden Zuges trifft keine Schuld. Der Führer erklärte, er habe nur die Lokomotive des angefahrenen Zuges in der Kurve, welche die Strecke dort beschreibt, entgleist liegen sehen und nicht mehr Zeit gehabt, seinen Zug anzuhalten.

★

Drei Tote in Polen.

:)(: **Warschau**, 18. Juni. Heute sind bei Zdolbunow in den Ostmarken zwei Güterzüge infolge falscher Weichenstellung zusammengestoßen. Einige Wagen wurden zertrümmert. Drei Personen waren auf der Stelle tot; zwei Eisenbahnbeamte erlitten Verletzungen.

Vernichtende Naturgewalten.

Schwere Unwetter in Italien.

:: **Mailand**, 19. Juni. Ueber Bari und Umgebung gingen gestern heftige Gewitterstürme nieder. Ununterbrochene Blitzschläge, Hagel- und Wolkenbrüche versetzten die Bevölkerung in Schrecken. In Canossa (Provinz Apulien) richtete der Hagel großen Schaden an. Ein Bauer wurde auf freiem Felde vom Blitz erschlagen. In Gravina hat der Sturm die ganze Ernte vernichtet. Aus Tarent und Foggia werden große Ueberschwemmungen gemeldet. In Tarent wurden zwei Arbeiter vom Blitz getötet. Der Sachschaden ist überall sehr groß.

Das Erdbeben in Neuseeland.

!! **London**, 19. Juni. Nach ergänzenden Berichten aus Oakland in Neuseeland befürchtet man, daß das ganze Städtchen Lyell mit einer Bevölkerung von etwa 2000 Köpfen bei dem letzten Erdbeben vollständig zerstört wurde. Lyell, etwa in der Mitte zwischen Murchison und Westport, liegt im Zentrum der Erdstöße und hat am schwersten gelitten. Bis zum Augenblick hat man von den Bewohnern der Stadt kein Wort gehört, und von verschiedenen

Autos, die dorthin abgingen, liegen gleichfalls noch keine Nachrichten vor.

★

Der Vulkanausbruch in Japan.

Fünf Dörfer zerstört.

:: **London,** 19. Juni. **Die Zerstörungen durch den neuen Ausbruch des japanischen Vulkans Komogatake sind nach Tokioter Meldungen sehr erheblich. Seit Beginn der Ausbrüche sind fünf Dörfer zerstört worden. Von den Rettungsmannschaften sind bisher 30 Leichen geborgen. Sechs Meteorologen, die trotz der großen Gefahr das Lavagebiet zu erforschen suchten, werden vermißt und sind wahrscheinlich ums Leben gekommen.**

+ **Tokio,** 19. Juni. In der Nähe des Vulkans Komagatake, der dieser Tage in Tätigkeit trat, wurde eine Kinderschar auf einem Ausflug von dem plötzlichen Ausbruch überrascht. Das Schicksal der Kinder ist noch nicht bekannt. Sechs japanische Gelehrte, die zu Studienzwecken den Vulkan bestiegen hatten, wurden ebenfalls vom Ausbruch überrascht und kamen um. Es wird erwartet, daß der Vulkan Findshijam demnächst ebenfalls in Tätigkeit treten wird.

Der amtliche japanische Bericht.

)(**London,** 19. Juni. **Während von amtlicher japanischer Seite erklärt wird, daß der neue Ausbruch des Vulkans Komogatake im Abflauen begriffen ist, und schwerer Sachschaden, aber keine Menschenverluste zu verzeichnen sind, wird in einer Privatmeldung aus Tokio von 100 Toten gesprochen.**

★

Ueberschwemmungskatastrophe in Indien.

Bombay, 19. Juni. **Die Stadt Silchar in der Provinz Assam ist von einer großen Ueberschwemmung heimgesucht worden, die durch schwere Regenfälle verursacht worden ist. Hunderte von Menschen sollen dabei ums Leben gekommen und 90% des Viehbestandes vernichtet sein. Die Hälfte der Häuser der Stadt ist von den Fluten fortgerissen worden. Die Bewohner haben in einem Lager Zuflucht gesucht. 50 000 Menschen sind ohne Obdach.**

★

Gluthitze in Newyork.

((**Newyork,** 19. Juni. **Die Hitze hat sich in den letzten 24 Stunden noch gesteigert. Am Dienstag bewegte sich das Thermometer zwischen 28 und 33 Grad Celsius im Schatten, was einen Rekord bedeutet. Mehr als zehn Personen starben gestern infolge der Hitze und 12 ertranken während des Wochenendes, an dem 10 Millionen von Menschen im Meer und in den Flüssen Erleichterungen vor der Sonnenglut suchten. Aus einigen Städten in der Umgegend von Newyork wurden Temperaturen bis zu 39 Grad im Schatten gemeldet. Aus fast allen Städten im Nordwesten des Landes sind Meldungen über Hitzschläge eingetroffen.**

★

Ein Erdrutsch in Kolumbien.

30 Tote.

◎ London, 18. Juni. In Kolumbien hat sich am Dienstag ein schwerer Erdrutsch ereignet, wobei 30 Personen getötet und zahlreiche verletzt wurden. Die Stadt Sevilla am Flusse Cauca wurde überflutet. Sevilla soll fast völlig zerstört und die Bewohner zur Räumung gezwungen worden sein.

Schwerer Bauunfall in Kolumbien.

15 Tote.

× **Bogota, 19. Juni. Beim Bau eines Eisenbahntunnels in der Nähe von Igague wurden infolge eines Einsturzes 15 Personen getötet und 15 verletzt. Unter den Toten befinden sich zwei italienische Ingenieure und zwei polnische Arbeiter. Diese letzteren wurden buchstäblich enthauptet.**

Die neue preußische Flaggenverordnung.

Zustimmung des Staatsrats.

:: **Berlin,** 19. Juni. Der Preußische Staatsrat beschäftigte sich mit dem Entwurf zu einer Verordnung des Staatsministeriums über das öffentliche Flaggen. Nach dem durch angenommene Anträge des Verfassungsausschusses und der Zentrumsfraktion geänderten Entwurf erfolgt die Beflaggung der staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, sowie der Gebäude der öffentlichen Schulen in den Reichsfarben Schwarz-rot-gold und in den Landesfarben Schwarz-weiß. Gemeindeverbände können, soweit am Verfassungstage und aus besonderen Anlässen geflaggt wird, Flaggen in eigenen Farben neben den Landes- und Reichsfarben zeigen. Im übrigen bleibt ihre Befugnis zum Zeigen eigener Flaggen unberührt. Neue oder geänderte Flaggen der Gemeinden dürfen jedoch nur mit Zustimmung des Staatsministeriums gezeigt werden. Zu beflaggen sind die staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen am Verfassungstage, ferner auf Anordnung des Staatsministeriums bei besonderen Anlässen von nichtpolitischer Bedeutung auf Anordnung der örtlichen zuständigen Dienststellen. Gegebenenfalls hat darüber der Oberpräsident zu entscheiden, ohne daß er sich, wie in der ursprünglichen Vorlage vorgesehen war, vorher mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten ins Benehmen zu setzen braucht. Zu Beflaggen sind staatliche und kommunale Dienstgebäude, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse, vom Staat und von den Gemeinden angemietete und ihnen anderweitig zu dienstlichen Zwecken überlassene einzelne Räume, staatliche und kommunale Dienstwohngebäude, sowie alle anderen staatseigenen Gebäude. Für Gemeinden mit mehreren kommunalen Diensträumen bestimmt die zuständige Gemeindebehörde, welche Diensträume neben dem Hauptverwaltungsgebäude zu beflaggen sind. Der Entwurf bestimmt weiter, daß Inhaber von Dienstwohnungen, die sich in staatlichen oder kommunalen Dienstgebäuden befinden, von ihren Wohnungen aus nur dann flaggen dürfen, wenn das Dienstgebäude selbst beflaggt wird und nur in den dafür zugelassenen Farben. Dienstwohnungen, die sich nicht in Dienstgebäuden befinden, dürfen gleichfalls nur in den bezeichneten Farben beflaggt werden. Ist nur ein Flaggenmast vorhanden, so ist an ihm stets die Reichsflagge zu hissen. Die preußische Flagge ist in diesem Falle, soweit sich nicht ein zweiter Flaggenmast anbringen läßt, an einer bevorzugten Stelle der Straßenfront des Hauses mittels eines besonderen Flaggenstockes als hängende Flagge anzubringen. Hierbei ist dafür zu sorgen, daß die Größenmaße der Reichsflagge in gleichwertigem Verhältnis zu denjenigen der preußischen Flagge und zu der Größe des Hauses stehen. Ist mehr als ein Flaggenmast vorhanden, so sind bei einer geraden Zahl die Reichs- und Landesfarben gleichmäßig, bei einer ungeraden Zahl die Reichsfarben auch an dem überzähligen Flaggenmast zu hissen. Ist kein Flaggenmast vorhanden, so ist je eine hängende Reichs- und Landesflagge von angemessener gleicher Größe mittels besonderer Flaggenstöcke an der Straßenfront in gleichwertiger Anordnung anzubringen.

Der Entwurf wurde mit 35 gegen 29 Stimmen bei Enthaltung der Kommunisten gegen die Stimmen der Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Die Neuregelung der Verwaltung bei der Reichsreform.

Der Zuständigkeitsbericht für die Länderkonferenz.

△ **Berlin,** 19. Juni.

Das vom Verfassungsausschuß der Länderkonferenz angeforderte Referat 1 über „die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern" liegt nunmehr vor. Als Verfasser zeichnen Reichsminister a. D. Koch-Weser für das Reich, Ministerialdirektor Dr. Brecht für Preußen, Innenminister Dr Remmele für Baden und als vom Unterausschuß zugewählter Sachverständiger Landeshauptmann der Rheinprovinz Dr. Horion Bekanntlich ist im März d. Js. das Referat 3 über „die Organisation der Länder und der Einfluß der Länder auf das Reich" veröffentlicht worden, das von den Herren Brecht-Preußen, Poetzsch-Heffter-Sachsen, Petersen-Hamburg und Bolz-Württemberg zusammengestellt worden ist. Das zweite vom Unterausschuß angeforderte Referat über den Finanzausgleich steht noch aus und dürfte auch wohl noch längere Zeit auf sich warten lassen.

Das Referat über die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern wurde heute der Presse mit einigen einführenden Erklärungen übergeben, in denen Reichsminister a. D. Koch-Weser betonte, daß

die Vorschläge zum dezentralisierten Einheitsstaat hinführten.

Zwischen die reichseigene Verwaltung und die eigene Verwaltung von Ländern schiebt das Referat die Auftragsverwaltung, die aber nach Möglichkeit in eine Form gekleidet ist, daß man wohl von einer „gebundenen Selbstverwaltung" sprechen kann. Immerhin

verlangt auch die Auftragsverwaltung die Abschaffung des Parlamentarismus in den Ländern,

denn es ist unmöglich, daß eine Landesregierung durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden kann, weil sie einen Auftrag der Reichsregierung ausgeführt hat. Die neuen Vorschläge bedeuten nach den Worten des Reichsministers a. D. Koch-Weser, obwohl sie natürlich erst die Fundamente legen, einen ungeheuren Fortschritt, weil das alte deutsche Sehnen nach Einheit dadurch erfüllt und eine Rationalisierung der Verwaltung erfolge, die namentlich auch eine Erleichterung für unsere Wirtschaft bedeute.

Ministerialdirektor Dr. Brecht (Preußen) gab einen Ueberblick über die bisherigen Arbeiten für die Reform des Reiches, die in der Berliner Länderkonferenz im Januar 1928 begannen, dann den Sommer über wegen der Reichstagswahlen und der Neubildung der Regierung stockten und dann im Herbst ein lebhaftes Tempo annahmen, als der Ausschuß der Länderkonferenz seine Unterausschüsse mit präzisen Aufgaben betraute. Technisch werde die Dinge nun so weiter gehen, daß

die Unterausschüsse unter dem Vorsitz von Reichsminister Severing am 5. Juli wieder zusammentreten,

um dann zu bestimmen, was mit den Vorschlägen geschehen soll, die in den Referaten niedergelegt sind. Das Ergebnis dieser Beratung wird dann an den Verfassungsausschuß und dann an die Länderkonferenz selbst gehen. Wenn sie ihre Aufgaben als beendet ansieht, werden die zuständigen Instanzen des Reiches die Fragen auf den parlamentarischen Weg bringen.

Es liegen im übrigen auch noch besondere Referate des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und des badischen Ministers des Innern, Dr. Remmele, vor. Dr. Remmele hat sich aber, wie er den Vertretern der Presse darlegte, entschlossen, mit den anderen Referenten zusammenzuarbeiten, weil er während der Arbeiten sich überzeugte, daß es nicht möglich ist gleiches Recht für die Länder alter und neuer Art zu schaffen.

Er glaubt übrigens, daß schließlich die Widerstände gegen bestimmte Einzelheiten so groß sein würden, daß die Reichsregierung das gesamte Material zur Grundlage eines eigenen Vorschlages machen muß.

Die Vorschläge des Referats für Zuständigkeitsfragen sind im wesentlichen folgende: Durch Vereinigung der Zentralregierungen in Berlin wird erreicht, daß

die bisher preußischen Provinzen als „neue Länder"

und die vier großen alten Länder, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden, unmittelbar mit der vergrößerten Reichsregierung zu tun haben. Um verschiedene Namen (Provinzen und Länder) zu vermeiden, wird einheitlich der Name „Land" in weiterem Sinne verwendet, also ohne die staatsrechtliche Bedeutung als „Staat", die er vor 1919 ebenfalls nicht gehabt hat. Der Streit um die Zuständigkeitsverteilung wird so zu lösen versucht, daß

grundsätzlich alle strittigen Zuständigkeiten — namentlich Polizei, Gemeindeaufsicht, Gewerbeaufsicht und Schulaufsicht — sowie die Justiz auf das Reich übergehen

und es der künftigen Reichsgesetzgebung überlassen bleibt, zu entscheiden, ob und wieweit eine Dezentralisation auf die Länder zweckmäßig ist. Man hat also das Vertrauen, daß der Reichstag hier im Laufe der ordentlichen Gesetzgebung die richtige Lösung im einzelnen Fall finden wird. Eine Ausnahme bilden die Länder, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden, denen das Sonderrecht gegeben wird, zu erklären, welche der strittigen Zuständigkeiten sie behalten wollen. Dies soll durch Landtagsbeschluß mit einfacher Mehrheit geschehen, ebenso sollen durch einfache Mehrheit diese Beschlüsse wieder aufgehoben werden können.

Das Reich soll aber in den für das Reich wichtigen Fragen auch weitere Rechte im Süden bekommen,

so Justiz als Reichsverwaltung, ferner als mittelbare Reichsverwaltung, d. h. die Auftragsverwaltung der Länder: Kriminalpolizei, Fremdenpolizei, Verkehrspolizei, Gewerbeaufsicht, Wasserstraßenverwaltung Andererseits soll die gesamte Verwaltung auf dem Gebiete der Wohlfahrt und Arbeitslosenfürsorge in den Ländern wieder mit der Länderverwaltung verschmolzen werden, also neben der Wohlfahrtspflege das Reichsversicherungswesen, die Reichsversorgungsverwaltung und die Reichsarbeitsverwaltung. Die Referenten haben versucht, alles zu tun, um dem Einwand „Zerschlagung Preußens" einerseits und der „Verpreußung Süddeutschlands" zu entsprechen. Ihr Grundgedanke war nicht die Zerschlagung Preußens, sondern umgekehrt die Vollendung der Mission Preußens für das Reich.

Die Finanzdebatte im Reichstag.

× **Berlin,** 19. Juni.

Der Reichstag überwies heute zunächst nach kurzer Debatte das Sperrgesetz für Rechtsstreitigkeiten über die Abfindung der Standesherren dem Rechtsausschuß.

Es folgte die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Dr. Fischer (D.) führte aus: Die Pariser Reparationsverhandlungen können nur dann eine dauernde Entlastung bringen, wenn sich eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Mächten bildet. Mit aller Entschiedenheit muß der Versuch der Deutschnationalen zurückgewiesen werden, auch hier wieder eine Scheidelinie zu ziehen: Hie national, hie antinational!

Die Deutschnationalen haben erst das Dawesabkommen ermöglicht, das jetzt in Paris gemildert worden ist.

Die in Paris vereinbarten Erleichterungen müssen der überlasteten Wirtschaft durch Steuersenkungen zugute kommen. **Die notwendige Sanierung der Reichskasse muß durch andere Maßnahmen erreicht werden.** Vielleicht könnte man aus dem Rechnungshof in Verbindung mit dem Sparkommissar eine unabhängige Institution schaffen, die das Rechnungswesen des Reiches reformiert.

Abg. Dr. Rademacher (Dtn.) führte den Mißerfolg der Hilferding-Anleihe auf das mangelnde Vertrauen zu unserem sozialistisch beeinflußten Wirtschaftssystem zurück. Wie die Erfahrungen bei der Arbeitslosenversicherung gezeigt hätten, sei dieses Kabinett zu wirklichen Reformen außerstande. Er kritisierte dann die Steuerpolitik und verlangte insbesondere Beseitigung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte und eine Neuregelung der Abschreibungen.

Abg. Gerauer (Bayr. Vpt.) wirft die Frage auf, ob nicht noch manche Steuerquellen neu erschlossen werden könnten, beispielsweise durch Erhöhung der Umsatzsteuer für ausländische Produkte. Die Lex Brüning werde sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen.

Die Mißstände in der Arbeitslosenversicherung müßten beseitigt werden.

Die Bauernschaft bedürfe dringend eines besseren Zollschutzes. Die von den Gemeinden im Kriege gewährten Familienunterstützungen müßten ihnen vom Reiche erstattet werden.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) bedauerte, daß die Trennung der Finanzpolitik von der Finanzverwaltung in der Aussprache nicht durchgeführt worden sei. Wir sind Gegner einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe, stimmen aber der Ausschußentschließung zu, die eine Prüfung dieser Frage verlangt und die öffentlichen Betriebe zur Bereitstellung der erforderlichen Unterlagen verpflichtet. Der Sanierung der Reichsfinanzen muß die der Länder und Gemeinden folgen. Das von Bayern und Thüringen dazu angewandte grobe und brutale Mittel der Kopfsteuer ist aber nicht der richtige Weg. Wir beantragen die Offenlegung der Steuerlisten.

Abg. Nauheim (Z.) verlangte Ausbau der Buch- und Betriebsprüfung. Bei der Steuerveranlagung müsse aber auch auf die besonderen Verhältnisse des Kleingewerbetreibenden Rücksicht genommen werden.

Das beste Mittel zur Verhinderung der Kapitalflucht ist eine Herabsetzung der Steuersätze.

Wir begrüßen die Ausschußentschließung über die Besteuerung der öffentlichen Hand. Den Beamten der Finanzverwaltung gebührt Dank und Anerkennung für ihre anstrengende Tätigkeit. Nach welchen Grundsätzen sind die Werbeanzeigen für die steuerfreie Reichsanleihe an die Presse verteilt worden? Kleine Blätter haben sie bekommen, manche große Zeitungen nicht.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) wünschte bessere Aufstiegmöglichkeiten für Beamte des gehobenen mittleren Dienstes und erörterte Wünsche der Zollbeamten. Es müsse geprüft werden, ob manche Finanzämter nicht zu große Bezirke haben. Der Redner trat für die volksparteilichen Anträge auf Verschärfung des Kontrollrechts des Reichsfinanzministers ein. Es müßten noch wesentliche Einsparungen am Etat gemacht werden, um die Balanzierung des nächsten Etats zu erreichen.

Vor allem muß die offene Wunde der Arbeitslosenversicherung geschlossen werden.

(Sehr richtig!) Wir erkennen die große Sachkenntnis des Finanzministers an, wünschen ihm aber nochmal einen stärkeren Willen zur Durchsetzung dessen, was er selbst als richtig erkannt hat. Wir müssen verlangen, daß die Reparationserleichterungen in vollem Ausmaße der Wirtschaft zugute kommen. Die Steuersenkung darf auch vor den großen Vermögen nicht halt machen. Damit und mit einer Steueramnestie werden wir in der Kapitalflucht ein Ende machen und die Steuermoral im deutschen Volke ähnlich untermauern, wie es in England und Amerika der Fall ist. Die Ausschußentschließung betrachten wir als den Ausgangspunkt für eine positive Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Das Steuervereinheitlichungsgesetz muß endlich verabschiedet werden.

Abg. Colosser (W. P.) führte aus, die größeren Ueberweisungen an die Länder hätten nicht die erwartete Wirkung der dringend notwendigen Senkung der Realsteuern gehabt. Die Deutschnationalen haben kein Recht zu Angriffen gegen den Minister, denn ein großer Teil des Defizits stammt schon aus ihrer Regierungszeit. In der gegenwärtigen Fassung ist das Steuervereinheitlichungsgesetz für uns unannehmbar, weil darin noch das Hauszinssteuergesetz beibehalten wird. Eine Steueramnestie für diejenigen Steuerbetrüger, die deutsches Kapital ins Ausland verschoben haben, ist nicht angebracht.

Vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei war inzwischen eine Entschließung eingegangen, in der eine Denkschrift darüber gefordert wird, in welchen Ländern und in welcher Form die Offenlegung der Steuerlisten erfolgt und welche Erfahrungen darin gemacht worden sind, namentlich zur Vermeidung der Kapitalflucht.

Gegen 7 Uhr vertagte sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Abstimmung zum Finanzetat, über das Haushaltsgesetz und die Steuernovellen.

Das Republikschutzgesetz.

)) **Berlin,** 19. Juni. Im Reichstagsausschuß für Rechtspflege, der sich in seinen letzten Sitzungen mit der Verlängerung des Republikschutzgesetzes befaßt hat, wurde heute unter Ablehnung von Abänderungsanträgen der § 1 des Gesetzes (Verlängerung des Schutzgesetzes um drei Jahre) mit 14 gegen 9 Stimmen genehmigt. Desgleichen § 2 und damit das ganze Gesetz. In der Debatte hatten sich die Deutschnationalen, die der Verlängerung vor zwei Jahren zugestimmt hatten, gegen die nochmalige Verlängerung ausgesprochen.

Die Mißstimmigkeiten wegen der Arbeitslosenversicherung.

Anträge der liberalen Parteien.

Von unserer Berliner Redaktion.

◈ **Berlin,** 19. Juni. (Drahtb.)

Die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei haben es für notwendig erachtet, zur Reform der Arbeitslosenversicherung neue Anträge einzubringen, obwohl das Reichskabinett einstweilen keine Möglichkeit sieht, den Parteien Vorschläge zu unterbreiten, die auf eine Annahme rechnen können. Die Differenzen zwischen den Sozialdemokraten einerseits und den liberalen Parteien andererseits beziehen sich bekanntlich auf die Beitragserhöhung. Die Sozialdemokraten fordern zur Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf, während die Deutsche Volkspartei und die Demokraten eine solche Erhöhung ablehnen. Da nun diese Ablehnung auch in den neuen Anträgen zum Ausdruck kommt, so kann unter keinen Umständen davon geredet werden, daß diese Anträge auch nur irgendwie geeignet seien, Gegensätze zu überbrücken.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei will aus der Versicherungspflicht alle diejenigen ausschalten, bei denen man von einem regelmäßigen ständigen Arbeitsverhältnis nicht mehr sprechen kann, oder bei denen die Kontrolle des Beschäftigungsverhältnisses unmöglich ist. Demnach sollen versicherungsfrei werden u. a. Arbeitnehmer, deren regelmäßiges Arbeitseinkommen den Betrag von 10 ℳ wöchentlich nicht erreicht, unter 18 Jahren alte, bis zu 50 Prozent Erwerbsbeschränkte und die Heimarbeiter, ferner diejenigen, die selbständig tätig sind oder von der Familie unterhalten werden. Der Antrag sieht vor, daß die Unterstützung 70 Prozent des für den Wohnort des Arbeitslosen maßgebenden Tariflohnes nicht übersteigen soll. Der wichtigste Gedanke des Antrages ist in dem neubeantragten § 107 a niedergelegt, der besagt, daß die volle Unterstützung nur der Versicherte erhält, der mindestens 52 Beitragswochen nachweist. Sind weniger als 52, aber mehr als 39 Beitragswochen nachgewiesen, so werden die Unterstützungssätze um 25 Prozent, sind weniger als 39 Wochen nachgewiesen, werden die Unterstützungssätze um 50 Prozent gekürzt. Mit diesem Antrag sollen auch die Schwierigkeiten der Saisonarbeiterfrage überwunden werden. Auf die Saisonarbeiter selbst bezieht sich die Bestimmung, daß die Karenzfrist, die zwischen dem Tage des Eintritts in die Arbeitslosigkeit und des Beginns der Unterstützung liegt, von sieben Tagen auf drei Wochen erweitert wird. Der Antrag sieht weiter vor, daß Arbeitgeber, die bei der Bescheinigung, zu deren Ausstellung sie verpflichtet sind, falsche oder unvollständige Angaben machen, der Reichsanstalt zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet und außerdem durch den Ausschuß des Arbeitsamtes in eine Ordnungsstrafe bis zur Höhe von 1000 ℳ genommen werden können.

Die Demokraten haben eine Fraktionserklärung veröffentlicht, in der sie ihr Bedauern über den Beschluß des Kabinetts aussprechen, die Reform der Arbeitslosenversicherung zu vertagen. Dieser Beschluß werde zur Folge haben, daß die Lage der Arbeitslosenversicherung sich noch weiterhin verschlechtere. Es werde für unbedingt erforderlich gehalten, daß die Abstellung der Mißstände und die Regelung der Saisonarbeiterfürsorge noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages vorgenommen werde. Die demokratische Reichstagsfraktion werde entsprechende Anträge einbringen, die ohne Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung die erforderlichen Mittel zuführen sollen.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm folgende Entschließung an: „Bei dem gegenwärtigen Kampf gegen die Reform der Arbeitslosenversicherung treten in starkem Maße Bestrebungen zutage, die auf eine Gefährdung der Grundlage der Arbeitslosenversicherung und auf eine ungerechte Benachteiligung der unverschuldet von Arbeitslosigkeit und Not Betroffenen hinauslaufen. Insbesonder gehen auch in letzter Zeit gestellte Anträge über das Ziel einer Beseitigung von Mißständen in der Arbeitslosenversicherung weit hinaus und bedeuten eine untragbare und unmögliche Verschlechterung der Versicherungsleistungen. Die christlichen Gewerkschaften sind bereit, alle Bestrebungen zur Beseitigung von tatsächlichen Mißständen zu unterstützen. Sie wenden sich aber nachdrücklich und entschieden gegen Anträge auf Verschlechterung der Versicherungsleistungen, deren Verwirklichung die Not breiter Volksschichten noch erheblich steigern würde."

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der zur Ueberprüfung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eingesetzte Sachverständigenausschuß Ende Juli mit seinen Arbeiten fertig sein wird und daß der Reichstag bei der Ende August stattfindenden Tagung, die wegen der Verabschiedung der Reparationsgesetze erforderlich wird, mit der Reform der Arbeitslosenversicherung sich in entscheidender Weise befassen kann.

Ein schweres Autounglück.

◇ **Innsbruck,** 19. Juni. Heute vormittag ereignete sich in der Kranebitter Allee bei Innsbruck ein schweres Automobilunglück. Ein neunjähriges Mädchen, dessen Eltern auf dem Felde neben der Straße arbeiteten, wollte vor einem Auto rasch die Straße überqueren, lief dabei aber in den mit vier Damen besetzten Kraftwagen hinein. Die Lenkerin Frl. Ryburn aus Newyork fuhr bei dem Versuch, auszuweichen, mit voller Wucht gegen einen Baum und erlitt schwere Verletzungen, denen sie während einer sofort vorgenommenen Operation im Krankenhause erlag. Ihrer Mutter wurden durch den heftigen Anprall einige Rippen gebrochen, ihre Schwester kam mit leichten Prellungen und Hautabschürfungen davon, während eine weitere Schwester unverletzt blieb. Das neunjährige Mädchen wurde lebensgefährlich verletzt.

Sofort

müssen Sie das

„Bocholter Volksblatt"

beim Briefträger bestellen, damit keine Unterbrechung des Bezuges eintritt. — Auch die Geschäftsstelle nimmt jederzeit Bestellungen entgegen.

Im Glanze der Sommersonne.

Fortdauer der Schönwetterlage bis — zum Wochenend?

b. **Bocholt**, 20. Juni. Allüberall, wohin das Auge schaut, herrscht Leben, Kraft, Schönheit und Freude in der Natur. Die unzähligen Lebewesen tummeln sich im Vollbesitz des Frohsinns. Wie froh wird da unser Herz gestimmt, wenn wir im Sommerlichte dahin wandeln durch die grünende Au, wo Saat und Früchte der Reife entgegengehen. Wenn wir nun die Pracht erschauen, muß unsere Seele aufjubeln; auch wenn es noch so warm ist. Als einst der Heilige von Assisi durch die vom Sonnenlicht erleuchtete, in wechselnder Farbe und Schönheit prangende Natur schritt, da jauchzte seine Seele auf, und er rief freudig aus: „Gepriesen sei Gott, mein Herr, mit allen Kreaturen, mit meinem edlen Bruder Sonne, der den Tag wirkt, uns leuchtet durch sein Licht und schön ist und strahlet im Glanze von dir". Die Sonne lieben wir doch alle, wenn wir auch manchmal schimpfen über die gräßliche Hitze. Schimpfen liegt vielen einmal im Blute. Wer aber die Sonne nicht liebt, dem ergeht es wie einer Pflanze, die man aus dem sonnigen Garten fort in ein dunkles Zimmer verpflanzt. Wandern wir hinaus und hinein in die Au. Das Wetter ist augenblicklich gut. Ob es sich halten wird? Augenblicklich beherrscht hoher Luftdruck die Lage und ein neuer Hochdruck verlagert sich von Süden her zu unserem Kontinent. Leider müssen wir darauf hinweisen, daß die Schlechtwetterzone über dem Kanal die Schönwetterlage beunruhigen kann.

„Wollen Sie verreisen? — Dann vergessen Sie Ihre Heimatzeitung nicht!"

* **Bocholt**, 20. Juni. Jeder, der schon einmal eine Reise gemacht hat, kennt das beglückende Gefühl, das uns überkommt, wenn wir den Zug besteigen. Alle unsere Sorgen erscheinen uns klein und nichtig gegenüber den neuen Eindrücken, die uns erwarten, das gewohnte Leben des Alltags liegt uns schon fern. Aber doch ist es nicht gut, jede Verbindung mit der Heimat radikal zu lösen. Nie wird uns die Neugierde, nie das Interesse an den Vorgängen in unserer Heimatstadt verlassen. Immer wieder wird uns blitzschnell der Gedanke streifen, wie mag es wohl dort gehen, wer hat sich verlobt, wer verheiratet, wer ist gestorben, sind Unglücksfälle oder freudige Ereignisse zu verzeichnen. All' diese Wünsche befriedigt unsere altgewohnte Zeitung, die als Freund aus von der Heimat erzählt. Wir sind fern von unserem Wohnort und ihm doch nahe, wir fühlen froh die Trennung und doch dankbar die durch das gedruckte Wort geschaffene Verbindung.

Wie stelle ich es nun an, um meine Zeitung pünktlich in meinem Sommeraufenthalt zu bekommen? Es gibt hier zwei Wege, die beide gleich einfach sind. Beziehe ich meine Zeitung zu Hause durch die Post, so habe ich nur einige Tage vor der Abreise bei meinem zuständigen Postamt einen Nachsendungsauftrag einzureichen. Formulare sind kostenlos an den Schaltern zu erhalten. Die Ueberweisungsgebühr ist sehr gering. Sie beträgt innerhalb Deutschlands 0,50 Mak. für Zeitungen, für die bereits ein Postabonnement läuft. Bestellt man mehrere Exemplare derselben Zeitung, so bleibt die Ueberweisungsgebühr die gleiche. Für Zeitungen, die nach dem Auslande überwiesen werden sollen, erhöhen sich die Gebühren infolge der gesteigerten Portoauslagen auf rund 0,80 Mk. in den meisten europäischen Ländern. Die Gebühren sind hier verschieden, aber die höchste beträgt 1 Goldfranc gleich 0,80 Mark. Bei der bevorzugten Beförderung von Zeitungssachen wird man die Annehmlichkeit haben, die Zeitung nur um einen Tag verspätet lesen zu können. Man wird also zum Beispiel in einem kleinen Bergnest in der Schweiz sitzen und wird seine Zeitung immer nur um einen Tag später in den Händen halten können. In Deutschland geht es noch schneller. Man wird da in vielen Orten seine Zeitung nur um Stunden später lesen können als zu Hause. Man sieht also, Verlag, Post und Eisenbahn wetteifern miteinander, um die Zeitungsbestellung während des Ferienaufenthaltes so angenehm, so schnell und reibungslos wie möglich zu gestalten.

Noch leichter haben es die Abonnenten, die täglich durch Boten ihre Zeitung direkt vom Verlagshause erhalten. Es genügt hier, einen entsprechenden Nachsendungsantrag fünf Tage vor der Abreise bei der Vertriebsabteilung des Verlages einzureichen, um die Zeitung nachgeschickt zu bekommen. Man hat also mit der Post überhaupt nichts zu tun. Ein kleiner Brief — und als Gegenleistung die regelmäßige Ueberweisung seiner Zeitung an das Reiseziel, wo immer es sich befinden mag. Es empfiehlt sich aber, den Antrag auf Ueberweisung so früh wie möglich zu stellen, damit keine unliebsame Unterbrechung in der Belieferung entsteht. Wenn man bedenkt, wieviel Anträgen die Betriebsabteilung einer Zeitung stattzugeben hat, so wird man diesen Wunsch nicht kleinlich finden. Auf sein Notizblatt für Reisevorbereitungen trage man also für den Termin: acht Tage vor der Abreise den Satz ein: Beantrage beim Postamt oder beim Verlage direkt Zeitungsüberweisung an meinen Ferienaufenthalt.

40-Jahrfeier der Freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz.

Große Schauübung der Kolonne am Sonntag nachmittag.

Bocholt, 20. Juni. Wie wir schon mitteilten, feiert die Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz am nächsten Sonntag ihr 40jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß wird am Sonntag vormittag um 11 Uhr der Film „Die von der Sanitätskolonne" im Apollotheater vorgeführt. Jedermann ist hierzu willkommen. Eintritt wird nicht erhoben. Der Film schildert in bildlich lebhafter und interessanter Form die vielseitige Tätigkeit der Sanitätskolonnen im Dienste des Roten Kreuzes und hat überall, wo er vorgeführt wurde, großen Beifall ausgelöst. Am Sonntag nachmittag um 4 Uhr veranstaltet die Kolonne eine öffentliche Schauübung an der Schwanenmühle, in der die vielseitige Ausbildung und das Können der Kolonne gezeigt werden soll. Auch zu dieser Uebung hat jeder freien Zutritt. Der Uebung liegt folgende Annahme zugrunde: Bei einem plötzlich aufgetretenen Unwetter ist der Blitz in eine der hohen an der Aa stehenden Eichen geschlagen und hat dabei zehn unter ihr vor dem Regen Schutz suchende Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Alle Personen sind besinnungslos oder gelähmt worden. Zwei Personen sind durch die Wucht des Blitzes in die vorbeifließende Aa geschleudert worden und in die Gefahr geraten, zu ertrinken, drei sind durch abgesprengte Stücke des Stammes beschädigt worden; eine Person erlitt einen komplizierten Unterarmbruch, eine einen einfachen Oberschenkel- und eine einen Beckenbruch. Ein Mann zog sich eine Kopfverletzung mit starker Blutung zu, ein anderer erlitt einen Schlüsselbeinbruch, außerdem wurde ihm der Ellenbogen verrenkt. Zwei Personen erlitten Verbrennungen zweiten Grades.

Eine weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft.

Bocholt, 20. Juni. Unter Wohnungszwangswirtschaft sind diejenigen behördlichen Maßnahmen zu verstehen, die — auf dem Wohnungsmangelgesetz beruhend — den an sich Verfügungsberechtigten, also insbesondere den Eigentümer eines Gebäudes an der freien Ausübung dieses Verfügungsrechtes hindern. Es kommt also das sogenannte Beschlagnahmerecht der Gemeindebehörde in Frage, d. h. das Recht, einen Mieter in eine freiwerdende Wohnung auch gegen den Willen des Verfügungsberechtigten einzuweisen.

Die Wohnungszwangswirtschaft hat mittlerweile eine Reihe von Lockerungen erfahren. Insgesamt sind bisher vier Verordnungen über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft ergangen, von denen die letzte vom 29. Mai 1929 stammt und am 1. Juli ds. Js. in Kraft tritt. Schon seit dem 1. Dezember 1926 unterlagen in Preußen „teure" Wohnungen nicht mehr den Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes. Die neue Lockerungsverordnung bringt insofern eine Aenderung des bisherigen Rechtszustandes, als die Jahresfriedensmieten herabgesetzt werden, bei deren Vorliegen Wohnungen von den Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes befreit sind. Nunmehr finden diese Vorschriften keine Anwendung mehr auf Wohnungen mit einer Jahresfriedensmiete (die in Klammern gesetzten Zahlen bedeuten die früher maßgebenden Friedensmieten) von

2400 Mk. (3000) Mk.) und mehr in Berlin,
1900 Mk. (2400 Mk.) und mehr in den übrigen Orten der Sonderklasse,
1400 Mk. (1800 Mk.) und mehr in den Orten der Ortsklasse A,
1000 Mk. (1300 Mk.) und mehr in den Orten der Ortsklasse B (Bocholt),
600 Mk. (800 Mk.) und mehr in den Orten der Ortsklasse C,
400 Mk. (500 Mk.) und mehr in den Orten der Ortsklasse D.

Für den Fall des Freiwerdens solcher Wohnungen fällt also die öffentliche Bewirtschaftung fort, d. h. es findet weder eine Beschlagnahme noch eine Zuweisung von Wohnungssuchenden durch die Wohnungsämter statt. Nur dann kann der Vermieter noch gezwungen werden, gegen seinen Willen einen Mieter aufzunehmen, wenn das Mieteinigungsamt die mangelnde Zustimmung des Vermieters zur Untervermietung bezw. zum Wohnungstausch durch Beschluß ersetzt.

Im übrigen bleiben auch für die teuren Wohnungen die Vorschriften des Reichsmietengesetzes bestehen. U. a. kann also auch bei ihnen der Mieter jederzeit verlangen, daß die gesetzliche Miete gelten soll. Hiervon ausgenommen sind nur die „großen" Wohnungen von sechs oder mehr Wohnräumen. Wird eine solche Wohnung frei und wird sie nach dem 1. April 1928 neu vermietet, so bleibt der Mieter an die von ihm vereinbarte Miete gebunden, er hat also nicht mehr das Recht, sich auf die gesetzliche Miete zu berufen, falls er eine höhere als die gesetzliche Miete vereinbart hatte.

Bestehen bleiben ferner auch die Mieterschutzbestimmungen, die ein freies Kündigungsrecht des Vermieters auch dem Mieter teurer Wohnungen gegenüber ausschließen.

Weiterhin hat die Verordnung vom 29. Mai 1929 noch eine Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft insofern gebracht, als nunmehr Gemeinden (Stadtgemeinden, Landgemeinden, Gutsbezirke) mit weniger als 8000 (früher 4000) Einwohnern als Gemeinden ohne Wohnungsmangel gelten. In diesen Gemeinden finden die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes mit einigen Ausnahmen überhaupt keine Anwendung mehr.

Die neue Verordnung zeigt, daß der Preußische Minister für Volkswohlfahrt bestrebt ist, die Wohnungszwangswirtschaft in vorsichtiger Weise und allmählich abzubauen, während beim Mieterschutz und der Mietzinsbildung dieser Abbau noch wesentlich langsamer vor sich zu gehen scheint.

Dr. K.

St. Antonius-Schützenverein.

Bocholt, 20. Juni. Die am Sonntag morgen stark besuchte Mitgliederversammlung wurde vom Präsidenten Joh. Hogenkamp geleitet. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde zuerst das Andenken der gefallenen und verstorbenen Mitglieder geehrt. Hierauf wurde vom ersten Schriftführer Bernard Hebing das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und für gut befunden. Punkt 1 behandelte das Schützenfestprogramm. Es wurde einstimmig beschlossen, das Schützenfest in althergebrachter Weise am 3., 4. und 5. August zu feiern und wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage von Neuerungen zur Verschönerung des Festes in diesem Jahre Abstand zu nehmen. Deshalb wurde auch der geplante Ausflug mit Preisschießen bis nach dem Feste verschoben. Herr Oberst Rumswinkel machte bekannt, daß jeder Schützenbruder an den Festzügen mit Gewehr und Patronentaschen (die im Verein zu haben sind) teilnehmen müsse. Schützenhüte sind beim Mitglied Kirschner Paul Nietsche, Osterstraße, bei frühzeitiger Anmeldung zu haben. Auch wurde von der Versammlung pünktlicher Besuch verlangt. Dann wurden von unserem Tambourkorps einige schöne Stücke unter reichem Beifall zum Besten gegeben. Um 12 Uhr wurde die schön verlaufene Versammlung vom Präsidenten geschlossen.

Vom Rheinischen Städtebund-Theater.

* **Bocholt**, 20. Juni. In der Not der Nachkriegszeit entstanden die großen Bildungsverbände und Besucherorganisationen. Eines der größten dieser Organisation ist das in Neuß beheimatete Rheinische Städtebundtheater geworden, das am 16. August 1925 in Berlin gegründet wurde. Außer der Rheinprovinz und dem Bühnenvolksbund sind heute am Städtebundtheater beteiligt die Gemeinden Neuß, Cleve, Emmerich, Gladbeck, Lüdenscheid, Dinslaken und die Kreise Mörs und Solingen. Der Beitritt der Provinz Westfalen steht bevor.

Das Theater ist als gemeinnützig anerkannt und erhält deshalb eine jährliche Beihilfe des Kultusministeriums. Ein äußerst geschickt zusammengestelltes Repertoire an technischen Einrichtungen, ein Spezial-Schnellastwagen für den Transport des Materials und ein moderner Autobus zur Beförderung des Personals ermöglichen tägliches Spiel an anderer Stelle. Die Preise für die Vorstellungen sind sehr niedrig, sodaß jede Stadt und jeder Verband Abnehmer von Vorstellungen werden kann. Mit Sorgfalt ist, das hat besonders auch die letzte Spielzeit unter Herrn Intendanten Kranz bewiesen, der Spielplan zusammengestellt worden, daß sich das Gesamtbild der Leistungen sehen lassen kann. Heute bespielt das Rheinische Städtebundtheater bereits nicht weniger als 37 Orte mit 940 000 Einwohnern. Die Geschäftsstelle unter Leitung des Geschäftsführers, Herrn Franz Marohn, Neuß, Zeughaus, steht gern mit Auskunft und zur Verhandlung zur Verfügung. Die Praxis hat schon öfters gezeigt, daß große Schwierigkeiten einer regelmäßigen Veranstaltung von Vorstellungen mit Hilfe des Theaters aus dem Wege geräumt werden konnten. Das Theater legt uns einen Bericht über die eben abgelaufene Spielzeit 1928/29 vor. Die vierte Spielzeit, begann am 16. September 1928 mit weiterer erfreulicher Entwicklung. Die Theaterleitung stellt mit Freude fest, daß das Verhältnis zwischen der Bühne und den Spielorten immer enger wird. Man gewöhnt sich daran, das Rheinische Städtebundtheater als sein Theater zu betrachten, mit dessen Wohl und Wehe man verbunden und für dessen Zukunft man mit verantwortlich ist. Dieses Bewußtsein seiner Anhänger erhöht und ermutigt natürlich die Leistungsfähigkeit des Theaters. 251 Vorstellungen in 37 Orten. Davon waren 165 Vorstellungen in 24 Orten des Rheinlandes, 86 Vorstellungen in 13 Orten der Provinz Westfalen. An der Spitze der rheinischen Vorstellungen steht Neuß mit 50 Abenden, Cleve weist 11, Emmerich 7, Dinslaken 8, der Landkreisen Aachen mit den Gemeinden Stolberg, Kohlscheid, Alsdorf, Merkstein 17 Vorstellungen auf. Der Landkreis Solingen nahm in den Gemeinden Opladen, Ohligs, Gräfrath, Wiesdorf, Wald, Langenfeld, Leichenlingen, Hitorf, Witzhelden 38 Vorstellungen, der Kreis Mörs mit den Gemeinden Camp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn 4 Vorstellungen, Wesel 11, Goch 7, Langenberg 8, Gummersberg 3 und Velbert 1 Vorstellung ab. In Westfalen wurden bespielt Gladbeck mit 23, Buer mit 16, Lüdenscheid mit 7, Recklinghausen mit 7, Wanne-Eickel mit 5, Herten mit 5, Hervest-Dorstenmit 3, Marl mit 5, Kastrop-Rauxel mit 2, Hattingen mit 3, Gerthe mit 2, Bochum und Gelsenkirken mit je einer Vorstellung. Der Spielplan umfaßte 18 Werke (sämtliche Neueinstudierungen) und zwar: 1. Cheridan „Die Lästerschule" 27 mal; 2. Müller-Schlösser „Der Glückskandidat" 26; 3. Shakespeare „Was ihr wollt" 22; 4. Wedekind „König Nicolo" 19; 5. Rolland „Ein Spiß von Tod und Liebe", Hoffmannsthal „Der Tor und der Tod" 18; 6. Lessing „Minna von Barnhelm" 18; 7. Tirso de Molina „Don Gil v. d. grünen Hosen" 17; 8. Goetz „Neidhart von Gneisenau"" 15; 9. Ilgenstein „Liebfrauenmilch" 14; 10. Schiller „Kabale und Liebe" 14; 11. Götz „Hokuspokus" 13; 12. Bürkner „Die Prinzessin auf der Erbse" 12; 13. Calderon „Leben ein Traum" 11; 14. Lunatscharsky „Der befreite Don Quichotte" 7; 15. Hauptmann „Der Biberpelz" 6; 16. Tolstoi „Die Macht der Finsternis" 6; 17. Bernauer u. Oesterreicher „Geld auf der Straße" 4; 18. Björnsen „Ueber die Kraft" 2 mal.

Das wirtschaftliche Ergebnis der abgelaufenen Spielzeit ist, wie die Theaterleitung mitteilt, befriedigend, wenn man die fast allgemeine Misere der bestehenden Stadttheater heranzieht, sogar recht befriedigend. Durch die planmäßige Bespielung eines ausgedehnten Gebietes von über 940 000 Einwohnern ist es möglich, die allgemeinen Kosten des Theaters verhältnismäßig niedrig zu halten, und die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln auf einen Bruchteil dessen zu beschränken, was ein stehendes Theater pro Kopf der Bevölkerung an Unterstützung benötigt. So beträgt der Zuschuß im gesamten Spielgebiet pro Kopf der Bevölkerung 14 Pfennig, während er an stehenden Theatern zwischen 1—5 Mark schwankt.

Kath. Arbeiter-Sekretariat und Volksbüro Bocholt.

Bocholt, 20. Juni. Rechtsauskunft wird erteilt am Samstag, den 22. Juni 1929 in: Rhede von 2—4 Uhr im Lokal Hengstermann; Anholt von 6,30—8,30 Uhr im Lokal Drecker. Auskunft wird erteilt in Sachen der Sozialversicherung, in Steuer-, Miet- und Gewerbesachen, in Erbschafts-, Testaments- und Aufwertungs- und ähnlichen Fragen des privaten und öffentlichen Rechts.

Eingesandt.

Bocholt, 20. Juni. **Kath. Gesellenverein.** Heute Donnerstag, 8,30 Uhr abends, findet eine Sitzung des Politischen Kursus statt. Alle Mitglieder und Ehrenmitglieder sind freundlichst eingeladen.

„Bei den weißen Majestäten."

Bocholt, 20. Juni. Im Jugendring des K. K. V. wird heute abend 8,30 Uhr bei Langenhoff Herr Kaplan Kockerols einen Filmvortrag über Stimmungsbilder aus dem Schweizer Hochgebirge halten.

Verkehrsverein.

Bocholt, 20. Juni. Der Verkehrsverein läßt in diesen Tagen den Jahresbeitrag für 1929 (3 RM.) von seinen Mitgliedern einziehen. In der nächsten Woche findet eine Sitzung des Vorstandes statt. Die Mitgliederversammlung, in der auch der Jahresbericht erstattet werden wird, findet voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats statt.

Regimentsfeier des Instr. Regts. Nr. 458.

Bocholt, 20. Juni. Auch an dieser Stelle wird auf die am kommenden Samstag, den 22. Juni, abends 8,30 Uhr im Hotel Burg Hohenzollern stattfindende Vorbesprechung für die zu Anfang Juli festgesetzte Regimentsfeier hingewiesen. Kein ehemaliger 458er darf sich von dieser Besprechung ausschließen.

Das Reparationsproblem und das Ergebnis der Pariser Verhandlungen.

Bocholt, 20. Juni. Die Niederrheinische Industrie- und Handelkammer Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort veranstaltet am Donnerstag, den 27. d. Mts., 19 Uhr für alle Wirtschaftskreise und darüber hinaus im großen Saal der Börse in Duisburg, Düsseldorferstraße 7, einen Vortrag ihres Ersten Syndikus, Oberbürgermeister Universitätsprofessor Dr. Most, über **„Das Reparationsproblem und das Ergebnis der Pariser Verhandlungen".** Die Kammer bezweckt mit diesem Vortrag, weiten Kreisen von Industrie und Handel diese verwickelte Materie, der für die Zukunft der deutschen Wirtschaft eine ganz besondere Bedeutung zukommt, näher zu bringen. Eintrittskarten können von der Geschäftsstelle der Kammer kostenlos angefordert werden.

Viehmarkt.

Bocholt, 20. Juni. Auf dem gestrigen Viehmarkt waren 764 Ferkel auf getrieben. Verkauft wurden 666 Ferkel. Es wurde je Alterswoche 6—7 RM. gezahlt. Der Handel war flott. Nächster Vieh- und Krammarkt am 17. Juli 1929.

n. **Werth**, 20. Juni. **Verunreinigung der Issel.** Vor einigen Wochen wurde an dieser Stelle über die Verunreinigung der Issel berichtet und der Vermutung Ausdruck gegeben, daß ein industrielles Werk seine Abflußwasser in die Issel leite. Von den anliegenden Gemeinden wurde erwartet, daß sie die notwendigen Schritte unternehmen würden, einer weiteren Verunreinigung, unter der die Bevölkerung der anliegenden Orte sehr zu leiden hatte, vorzubeugen. — Ob diese Schritte unternommen sind, ist nicht bekannt geworden; es scheint wohl, denn seit einigen Tagen ist von dem gerügten Uebelstand der Verunreinigung wenig mehr zu sehen. Es wird aber nun eine andere, fast noch unangenehmere Tatsache festgestellt. Das Wasser der Issel gibt einen sehr unangenehmen Geruch von sich, der schon in der Nähe des Wassers auffällt und der die Räume der anliegenden Häuser zum Aerger ihrer Bewohner durchsetzt. — Sollten die Abwässer jetzt doch vielleicht weiter in die Issel geführt werden, nachdem die sichtbaren Schaumflocken durch irgend eine Vorrichtung beseitigt wurden? Die Belästigung der Anwohner ist sehr unangenehm, können doch zeitweise die Zimmer kaum gelüftet werden. Es wäre interessant zu erfahren, woher diese Gerüche kommen. Bewohner, die seit jeher an der Issel wohnen, erklären, bisher solche unangenehmen Gerüche noch nie an dem Isselwasser wahrgenommen zu haben.

Kufeke

nur „Kufeke" und **frische Milch** für Dein Kind!

Du wirst Freude haben.

Krechting, 20. Juni. **Eröffnung der Badeanstalt im Aaflub.** Die neu errichtete Badeanstalt in Krechting wird am Freitag, den 21. Juni, zur Benutzung freigegeben. Nähere Angaben bringt die heutige Anzeige.

l. **Anholt**, 20. Juni. **Ausflug des Jungfrauenvereins Anholt.** Der Ausflug des Jungfrauenvereins am vergangenen Sonntag nach dem schönen Cleve, nahm in allen Teilen einen schönen und ungestörten Verlauf. Pünktlich gegen 7 Uhr morgens vertraute man sich der Kleinbahn an, die die Ausflüglerinnen nach Isselburg beförderte, von wo aus die Reichsbahn das Weitere übernahm. In Cleve stärkte man sich, nachdem man am Vormittag die hauptsächlichsten Sehenswürdigkeiten Cleves in Augenschein genommen hatte, die für manche noch neu waren, durch ein tüchtiges gemeinsames Mittagsmahl im Gesellenhaus für die weiteren Strapazen. Nachmittags machte der Wettergott einigermaßen einen Strich durch das schöne Programm, jedoch konnte das der guten Laune keinen Abbruch tun und man verstand es, die Zeit der unfreiwilligen Muße in nutzbringender Weise anzuwenden. Nachdem der Wettergott endlich seine Schleusen schloß, vergnügte man sich noch eine Weile bei dem edlen Kanu- und Rudersport, worauf die Heimreise angetreten wurde, und glücklich und wohlbehalten langte man gegen 9 Uhr wieder in der Heimat an.

l. **Anholt**, 19. Juni. **Versammlung des kath. Arbeitervereins.** Die Mitgliederversammlung des kath. Arbeitervereins, die Sonntag abend 7,30 Uhr, im oberen Saale bei Drecker stattfand, wies unter dem Einfluß des Wetters usw. nicht den Besuch auf, der für die zur Rede stehenden Punkte wünschenswert gewesen wäre. Wie bereits mitgeteilt, sollte der 2. Sekretär des Bezirks, Herr Heinrich Blome, über das hochaktuelle Thema sprechen: „Weltanschauliches und Klassenmäßiges in der Arbeiterbewegung". Infolge des schlechten Wetters war es ihm jedoch nicht möglich, wie geplant, per Fahrrad nach hier zu kommen, weshalb die für den Vortrag zur Verfügung stehende Zeit zu kurz bemessen war. Die Versammlung war für 7,30 Uhr einberufen und um 8,30 Uhr mußte Herr Blome bereits wieder fort, um den letzten Zug nach Bocholt noch frühzeitig zu erreichen. In Anbetracht dessen und mit Rücksicht darauf, daß die Versammlung nicht den Besuch aufwies, der erwartet war, einigte man sich darauf, den Vortrag auf eine spätere Versammlung zu verschieben, da es zu schade sei, dieses Thema durch einen mangels Zeit zu sehr zusammengedrängten Vortrag zu zerfasern. Es wurden deshalb lediglich einige interne Angelegenheiten besprochen und der Zeitpunkt für die nächste Versammlung festgelegt. Diese soll nunmehr stattfinden am Sonntag, den 30. Juni, also in 14 Tagen und zwar Vormittags nach dem Hochamt um 11 Uhr. Da auf dieser Versammlung außer dem Vortrag noch die Beitragsfrage behandelt werden soll, wird diese Versammlung eine außerordentliche Generalversammlung, weshalb eine rege und vollzählige Teilnahme der Mitglieder erwartet wird.

* **Borken**, 20. Juni. **Kreiskriegerverband Borken.** Am 23. Juni findet in Burlo die Delegiertenversammlung des Kreiskriegerverbandes Borken statt. Beginn der Versammlung 10,30 Uhr vorm. Zu dieser entsenden sämtliche Kriegervereine des Landkreises ihre Verterter. Da an demselben Tage die Weihe des Denkmals der Gefallenen in Burlo stattfindet, können die Delegierten an den kirchlichen Feierlichkeiten teilnehmen, wenn sie den Zug 8,17 Uhr vorm. ab Borken benutzen. Die geschlossenen Kriegervereine folgen zu der weltlichen Feier und zum Kreiskriegerverbandsfest mit dem eigens für die Kriegervereine eingelegten Zuge ab Borken 2,38 nachm. Es wird gebeten, diesen Zug zu benutzen, um Störungen bei verspätetem Eintreffen zu verhindern.

Vom Niederrhein.

—k. **Ringenberg**, 20. Juni. **Kath. Arbeiterverein.** Am vergangenen Sonntag tagte im Rittersaale der katholische Arbeiterverein. U. a. wurde die Abhaltung von Exerzitien für Jünglinge besprochen. Die Exerzitien finden im September statt, beginnen an einem Freitag und endigen an einem Montag. Dieselben werden von einem Jesuitenpater im Rittersaale abgehalten werden. Der Besitzer des Schlosses, Herr Graf von Plettenberg, hat den für eine provisorische Kapelle notwendigen Raum in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt.

—d. **Isselburg**, 20. Juni. **Stiftungsfest.** Am Sonntag feierte der Theaterklub „Fidelitas" sein 8. Stiftungsfest, das einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Besonders das Preisschießen zeigte sehr starken Andrang. Folgende Personen erhielten Preise: Th. Bortes 1. Preis, 73 Ringe; Joh. Kappell, 2. Preis, 72 Ringe; Otto Weck, 3. Preis, 71 Ringe; G. Exo, 4. Preis, 70 Ringe; A. Trottenberg, 5. Preis, 69 Ringe; R. Terhorst, 6. Preis, 68 Ringe; K. Lensing, 7. Preis, 68 Ringe; B. Bauhaus, 8. Preis, 68 Ringe; H. Heinen, 9. Preis, 68 Ringe; Fr. Schepers, 10. Preis, 68 Ringe; J. Römer, 11. Preis, 67 Ringe; J. Boland, 12. Preis, 67 Ringe; J. Bollwerk, 13. Preis, 67 Ringe; J. Smitz, 14. Preis, 67 Ringe. Das ganze Fest nahm einen würdigen Verlauf, ebenfalls der Festball.

— **Rees**, 18. Juni. **Die ländlichen Reitervereine** hatten sich auf der großen Wiese in Diesfordt zusammengefunden, um im Reiterkampf der einzelnen Abteilungen die beste Abteilung zu ermitteln, die den Kreis Rees beim Rheinischen Reiterturnier in Krefeld vertreten soll. Diese Ehre errang von den anwesenden vier Reitervereinen der Reiterverein Hamminkeln unter seinem Reitlehrer Hasselmeier. Leicht wurde dem Preisrichterkollegium, das sich aus den Herren Major Jauch als Vorsitzenden und technischen Berater, Fürst Salm-Salm, Graf Stolberg, van Koolweyck und Däthe zusammensetzte, die Arbeit nicht gemacht. Die Vorführungen standen unter der Leitung von Major Baumann, Wesel. Als Gäste waren noch anwesend Graf Plettenberg und L. Lans vom Weseler Reiterverein, sowie zahlreiche Landwirte der näheren und weiteren Umgebung und sonstige Interessenten. Gewertet wurden Pferd und Reiter in Disziplin und Leistung sowie die Ausrüstung des Pferdes. Sehr gut waren auch die Leistungen der Jugendabteilung des Hamminkelner Vereins, sie berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Der Reiterverein Hassen-Mehr errang die Standarte des Reitervereins Rees.

Werbe-Tage

Alles Ausnahmen!

Der große Verkauf beginnt in folgenden Abteilungen

Waschstoffe

Neue Waschmusseline in hübschen Dessins . . . 78 — **58**
Wollmusseline in den modernsten Dessins 2,45 — **1.75**
Wollmusseline in großem Sortiment . . 3,40 — **2.75**
Kleider-Zephir in hübsch mod. Karos u. uni 68 — **48**
Beiderwand Zwirn und Kunstseide . 1,35 — **1.28**
Indanthrenstoffe in hübschen Dessins . . . 95 — **78**

Seiden

Waschseiden in schönen Dessins . . 1,25 — **95**
Toile de soie in uni und gestreift . . 5,40 — **3.60**
Rohseiden in natur und feinfarbig . 3,40 — **2.40**
Crepe de chine Druck moderne Dessins . . . 7,80 — **6.75**
Velourine Ia Qual. in allen Farben 8,90 — **5.90**
Leder-Japon-Seiden in hübschen Dessins . . 5,20 — **4.40**

Wollstoffe

Crepe Caid vorzügl. Kleiderware in all. Farb. — **2.95**
Wollgeorgette die große Mode 130 breit 9,80 — **7.20**
Rips in allen Farben 130 breit . . — **6.80**
Mantelstoffe 140 breit in hübsch Dess. 5,50 — **4.80**

Strümpfe

Baumwolle

Damen-Strumpf schwarz und farbig . . . 78 — **28**
Damen-Strumpf Maco, schw. u. farbig . 1.55 — **85**
Damen-Strumpf Ia. Maco-Qualität . . 2.45 — **1.95**

Ganz große Ausnahme! **Seidenflorstrumpf** eigener Ausrüstg. in Ia. Qualität **1.95**

Seidenflor

Damen-Strumpf in schwarz und farbig . 1.45 — **98**
Damen-Strumpf In hervorragend Qualität 2.25 — **1.65**
Damen-Strumpf . . . . . 3.20 — **2.95**

Ganz große Ausnahme! **Bemberg Waschseiden-Strumpf** Goldstempel **2.95**

Waschseide

Damen-Strumpf Kunstseide . . . . . 1.95 — **1.45**
Damen-Strumpf Waschkunsts. u. Bemberg 2.95 — **2.65**
Damen-Strumpf Celta, d. neue Wasch.-Str. 2.95 — **2.65**

Ganz große Ausnahme! **Unser Spez. Waldseidenstrumpf** Ia. Kunstseide **1.95**

GBL Dollar-Strumpf

in Ia. Waschseide in allen modernen Farben
I. Wahl: **4.20**
II. Wahl **3.50**

Eine besond. Leistung sind unsere Gesi-Strümpfe

Gesi lila Maco **1.45**
Gesi schwarzweiß Ia. Seidenflor **2.35**
Gesi rot Ia. Seidenflor **2.65**
Gesi blau Waschseide II. W. . . **3.25**
Gesi blau Waschseide I. W. . . **3.95**
Gesi gold Waschseide, platt. . . **3.95**

LBO d. Strumpfmarke von Weltruf

Seidenflor **3.95**
Waschseide **4.95**
Waschseide Plattiert . . . **5.90**

Herren-Socken

Socken gute Qualität . . . . . 38 — **28**
Socken gemustert . . . . . 98 — **45**
Socken Seidenflor . . . . . 1.75 — **1.45**

Kinder-Söckchen

Kinder-Söckchen mit hübschen Rand Gr. 1 . 58 — **48**
Kinder-Söckchen mit Wollrand Gr. 1 . . . 95 — **68**
Kinder Wadenstr. in uni und meliert Gr. 3 1.25 — **95**

Kinder-Strümpfe

Kinder-Strumpf Baumwolle Gr. 1 . . . . 86 — **48**
Kinder-Strumpf meliert und Seidenflor . 1.30 — **98**
Kinder-Strumpf r. Wolle in Ia Qual. Gr. 1 1.25 — **95**

Trikotagen

Schlüpfer

Kinder-Schlüpfer in guten Qual. . . . . 64 — **38**
Damen-Schlüpfer in guten Qual. . . . . 1.25 — **78**
Kunsts. D.-Schlüpfer in allen Farben **1.95**

Netzwäsche

Netz-Jacken mit ½ Arm . . . . . 1.35 — **1.20**
Netz-Hosen in gelb und weiß . . . 2.55 — **1.95**
Netz-Hemdhosen mit ½ Arm . . . . . 7.25 — **5.20**

Maccowäsche

Macco-Jacken in Ia Qual. **1.30**
Mocco-Hosen nur gute Qual. **1.75**
Einsatz-Hemden mit hübschen Eins. . . 1.95 — **1.45**

Modewaren

Bindekragen — Garnituren — Gürtel
Knöpfe usw. usw.
in großer Auswahl.

Hermann Pottmeyer

BOCHOLT - MARKT.

Restauration „Zur Glocke"

Reinhard Ehling.

Italienische Nacht

Donnerstag, den 20. Juni
findet in den Neuanlagen der Restauration „Zur Glocke" ein großes

Konzert

statt, ausgeführt von der gesamten Bocholter Kriegerkapelle. Leiter u. Dirigent Willy Langheinrich jun.
Die Pausen werden durch Lieder-Vorträge des Männer-Gesang-Vereins „Sängerbund" ausgefüllt.
Omnibus-Verkehr alle 20 Minuten vom Marktplatz zur „Glocke".
Der Garten ist bengalisch beleuchtet.

Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands z. Schutze der Familie E. V.

Ortsgruppe Bocholt i. W.

Diejenigen Mitglieder, welche sich betreffs Kinderkommunion gemeldet haben, wollen beim Schriftführer wieder vorsprechen und zwar die Mitglieder mit den Anfangsbuchstaben A—M
am Donnerstag und Freitag dieser Woche, von N—Z
Montag und Dienstag nächster Woche in der Zeit von vormittags 9 bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 6 Uhr f5314

Der Vorstand.

Landwirtsch. Ortsverein Liedern

Samstag, den 22. Juni, nachmittags 4,30 Uhr

Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag. (5295
2. Brandkasse.
3. Beiträge.
4. Kassenbericht.
5. Neuanmeldungen.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Restaurant „Zur Kreuzkapelle"

Heinrich Schreiber, Hemden.

Donnerstag abend:

Italienische Nacht

Ab 7,45 viertelstündlicher Omnibusverkehr. f5319

Achtung! Viehhändler!

Am Samstag, den 22. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet beim Kollegen B. Nießing in Borken eine (5325

Versammlung

statt. Wegen der Wichtigkeit wird um vollzähliges Erscheinen gebeten. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

M. Schwarz, 1. Vorsitzender.

Stadtomnibus

Am Samstag, den 22. Juni fährt der Stadtomnibus zum (5320

Ahrtal

Abfahrt: 13 Uhr vom Markt. Fahrpreis pro Person für Hin- und Rückfahrt RM. 14,—.
Anmeldung bis Freitag 15 Uhr rechtzeitig Friesenstraße 32.

Die Betriebsleitung.



ACHTUNG!

Holl. Fische!

Donnerstag und Freitag zu haben:
Prima holl. große u. kleine Schellfische, Steinbutt und Kablian.
Neue holl. Matjesheringe Stück 10 Pfg.
Neue Mäuse-Kartoffeln.
Prima Kirschen Pfd. 45 Pfg. sowie sämtl. frisches Gemüse und Obst.

Jakob Goedhardt f5299
Obst- und Gemüsehandlung,
Langenberastr. 13. Fernruf 2589.



Achten Sie auf den Geschmack!

Gerolsteiner Sprudel
nur echt mit dem Stern!

Hauptniederlage für Bocholt und Umgebung:

B. Hoves, Bierverlag
Bocholt, Körnerstr. 1. Tel. No. 557.

Geschäfts-Eröffnung

Den geehrten Bewohnern von Dingden und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich das

Baugeschäft

des verstorbenen Maurermeisters **B. Bußkönning** übernommen habe und dasselbe auf meinem Namen weiterführe. Empfehle mich für gute Arbeit und reelle Bedienung.

Hermann Winter
Maurer, Dingden,
f5294 Bocholterstr. Nr. 66.

Kommet! Sehet! Staunet!

Jeden Freitag morgen auf dem Wochenmarkte an der Persil-Uhr nur von allerbesten Tieren dick fettes (5293

Rindfleisch das Pfund von Mk. 0,90 an,
Filet ohne Knochen Pfund Mk. 1,60,
Rostbeaf „ „ Pfund Mk. 1,40.

Möchte bitten, mir diese Bestellungen rechtzeitig unter Nr. 2621 anzumelden.

Lobend anerkannte

Hausmacher-Wurst
ohne Mehl, Pfund nur Mk. 0,80.
G. Heisterkamp,
Verkaufsstand an der Persil-Uhr.

Margarine-Vertretung

Führendes Werk der Margarinebranche, nicht zum Konzern gehörig, sucht zum Besuch der Kolonialwarengeschäfte u. Bäckereien einen gut eingeführten,

tüchtigen Vertreter

für Bocholt und Umgegend.

Bewerber, die mit dem Verkauf des Artikels Margarine bereits vertraut sind, werden bevorzugt.

Angebote mit Angabe von Referenzen unter Nr. 5326 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Streiche dein Heim.

Farben, Lacke, Pinsel,
Bronzen, Leinöl, Fußbodenlack
in anerkannt guten Qualitäten empfiehlt billigst
die Drogerie **Gebrüder Steiner**
Markt 8. 5296a

G. H. Meinen

in der Nähe der Kreuzkapelle

empfiehlt Bocholts Ausflüglern
lohnenden Einkauf von f5135

Kaffee, Tee, Kakao und Tabakwaren.

Omnibusverkehr ab Markt: 7,45 9,35 12,10 14,10S 15,00 16,10 SS 17,10 18,00 20,15 23,22 S
Rückfahrt: 6,25 S 8,35 10,20 12,50 14,35 S 15,45 16,40 SS 17,40 18,50 20,55 23.58 S
S nur Sonntags. SS nur Samstags und Sonntags.

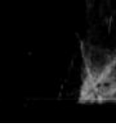
DRUCKSACHEN

aller Art liefert schnell und billig
J. & A. TEMMING

Wachsamer

Schäferhund
zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein
Mutterkalb f5310
und ein
Stierkalb
von eingetragenen Eltern zu verkaufen.
Awater, Spork. 1878

Ein tragendes

Rind
zu verkaufen. f5280
Bernh. Winters,
Schwanenstr. 8 2b.

Mehrere tausend alte
Hohlziegel
zu verkaufen. f1819
Franz Benning,
Gut Nieweide,
Suderwick.